

Nachhaltige Entwicklung

Das Innenministerium hat für die UN-Agenda 2030 bereits Beiträge geleistet, darunter solche zur Korruptionsbekämpfung und -prävention sowie Maßnahmen im Umgang mit Menschen mit Demenz.

Die Resolution „Transformation unserer Welt, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ wurde im September 2015 bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York von allen Staats- und Regierungschefs der Welt beschlossen. Die „Agenda 2030“ definiert 17 nachhaltige Entwicklungsziele – auch bekannt als Sustainable Development Goals (SDGs) – und 169 Unterziele, die von Staats- und Regierungschefs im Rahmen der UNO verabschiedet wurden.

Ziel der Agenda 2030 ist es, unter Mitwirkung aller Länder die globalen und komplexen Herausforderungen wie z. B. Armut, Hunger, Ungleichheiten in und zwischen Ländern sowie den Klimawandel gemeinsam zu bewältigen und künftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Dabei wird den Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung, nämlich Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Rechnung getragen. Alle 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verpflichteten sich, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene bis 2030 die SDGs umzusetzen (230 Indikatoren).

Ziele für das BMI. Für das Bundesministerium für Inneres (BMI) wurden folgende Ziele bzw. Unterziele im „Stocktaking-Dokument“ als relevante Bereiche identifiziert:

Ziel 10 – Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern.

Betroffen ist unter dieser Rubrik das Unterziel 10.7, das die Erleichterung einer geordneten, sicheren, regulären und verantwortungsvollen Migration und Mobilität von Menschen, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik, vorsieht.

Ziel 16 – Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Hier sind insbesondere betroffen die Unterziele 16.4: die deutliche Verringerung



Das BMI vermittelt Know-how für den Umgang mit Menschen mit Demenz.

der illegalen Finanz- und Waffenströme bis 2030, die Verstärkung der Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte und die Bekämpfung aller Formen organisierter Kriminalität, 16.5: die erhebliche Reduzierung von Korruption und Bestechung in allen ihren Formen sowie Unterziel 16.a: die Unterstützung der zuständigen nationalen Institutionen durch internationale Zusammenarbeit beim Kapazitätsaufbau auf allen Ebenen zur Verhütung von Gewalt und zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Freiwilliger Nationaler Umsetzungsbericht (FNU). Der erste österreichische FNU ist eine gesamtstaatliche Bestandsaufnahme von Maßnahmen, Erfolgsgeschichten und Initiativen zur Umsetzung der Agenda 2030 und eine Darstellung weiterhin bestehender Herausforderungen in diesem Zusammenhang. Im Sinne der Aktualität des Berichts wurden schwerpunktmäßig Initiativen der Jahre 2018 und 2019 berücksichtigt. Dargestellt wird der Stand der Umsetzung per Anfang März 2020. Der erste österreichische FNU bietet einen Überblick über Aktivitäten und Maßnahmen von Bundesministerien, Bundesländern, Städte- und Gemeindebund, Sozialpartnern und Stakeholdern aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft und ist Ergebnis eines breiten, transparenten und partizipativen Stakeholder-Prozesses. Neben einer Bestandsaufnahme stellt der FNU Ansätze der Bundesregierung zur künftigen Umsetzung der Agenda 2030 vor.

Drei Schwerpunkte. Angesichts der Vielfalt der Themen der Agenda 2030 stellt der Bericht drei Schwerpunktthemen dar: Digitalisierung; Frauen, Jugend und „Leaving no one behind“; Klimaschutz und Klimawandelanpassung. Österreich hat seinen ersten Freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs (FNU) im hochrangigen politischen Forum für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen am 15. Juli 2020 in New York präsentiert.

Indikatoren zur Messung der Fortschritte bei der Erreichung der SDGs – die SDGs haben in Österreich eine positive Entwicklungen erlebt: So gibt es wesentlich weniger Armut als im Durchschnitt der EU-Mitgliedsländer. Betreffend Ernährung und Nahrungsmittelproduktion ist Österreich Spitzenreiter. Ein steigendes Bildungsniveau und ein über dem EU-Durchschnitt liegender Anteil an lebenslangem Lernen zeugen gleichfalls von Österreichs positiven Entwicklungen.

Dennoch gibt es Handlungsbedarf in mehreren Bereichen wie etwa, dass Frauen immer noch mehr unbezahlte Arbeit als Männer leisten und der – wenn auch sinkende – Gender-Pay-Gap weiterhin erheblich ist. Außerdem haben Energieverbrauch, Treibhausgasemissionen und die Flächennutzung zugenommen, womit konkrete Herausforderungen für das Erreichen der Klimaziele verbunden sind.

BMI-Beitrag zum FNU. Das Bundesministerium für Inneres hat hier mit drei Erfolgsgeschichten einen Beitrag geleistet:

- *Anti-Korruptions-Workshops und -Events.* Um das Korruptions- und Integritätsbewusstsein in ganz Österreich zu stärken, entwickelte und förderte das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung (BAK) in den letzten Jahren ein umfassendes Angebot an Schulungen und Veranstaltungen, das auch Schülerinnen und Schüler sensibilisiert (S. 98).
- *Integritätsbeauftragten-Netzwerk.* Mit dem Projekt „IBN – Das Integritätsbe-



auftragten-Netzwerk“ leistet das BAK auf Basis der nationalen Anti-Korruptionsstrategie Beiträge zur Umsetzung der SDGs, Korruption zu reduzieren und transparente Institutionen zu sichern. In bislang sieben Grundausbildungslehrgängen wurden 151 Integritätsbeauftragte aus rund 70 Organisationen der öffentlichen Verwaltung ausgebildet. Zudem finden jährlich zwei Fachworkshops und eine Jahreskonferenz zum Wissenstransfer statt. Der Multi-Stakeholder-Ansatz fördert die breitenwirksame Umsetzung. 2018 wurde erstmals der IBN-Integrity-Award für innovative integritätsfördernde Projekte verliehen (S. 98).

- *Demenz.Aktivgemeinde*. Zur Förderung von Selbstbestimmung und Inklusion vermittelt das BMI seit dem Frühjahr 2019 Know-how für den Umgang von Menschen mit Demenz. Das Projekt „Demenz.Aktivgemeinde“ bringt digitale Lernprogramme, die unterschiedlichen Berufsgruppen im öffentlichen Raum einen kompetenten Umgang mit an Demenz erkrankten Personen ermöglichen. Das Programm basiert u. a. auf den Erfahrungen eines Projektes, mit dem 10.500 Polizistinnen und Polizisten geschult wurden. Die Initiative realisiert auf besondere Weise den Grundsatz „Leaving no one behind.“ Sie fördert Gesundheit und Wohlergehen für Menschen aller Altersstufen (S. 82).

Beim Schwerpunkt Digitalisierung hat das Inneministerium den Abschnitt zur Cyber-Sicherheit redaktionell mitbearbeitet: Angriffe aus dem Cyber-Raum sind eine unmittelbare Gefahr für die Sicherheit und für das Funktionieren von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Cyber-Sicherheit umfasst die Sicherheit der Infrastruktur des Cyber-Raums, der ausgetauschten Daten und der Menschen, die den Cyber-Raum nutzen. Cyber-Sicherheit muss als fixer Bestandteil der Digitalisierung in allen Strukturen verankert werden. Österreich arbeitet derzeit an einer Neufassung der „Österreichischen Cyber-Sicherheitsstrategie“. Mit der Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Netzwerk- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie) werden innerstaatliche Cyber-Sicherheitsstrukturen festgelegt, die auch das Cyber-Krisenmanagement umfassen. (S. 37).

Nikolaus Weissel

Informationen: www.sdg.gv.at